

BARACK OBAMA

Nur weil er schwarz ist

Der Glaube an den schlanken Staat ist uramerikanisch - auch ein Barack Obama konnte daran nichts ändern.

VON Marcia Pally | 22. September 2011 - 08:00 Uhr

© Kevin Lamarque-Pool/Getty Images



Der Sprecher des Repräsentantenhauses John Boehner (rechts) hört US Präsident Barack Obama zu.

Die einzige Blase, die in letzter Zeit noch weiter aufgebläht wurde als der amerikanische Immobilienmarkt, ist die »Obamamania«. Wir dachten, der Mann sei eine Mischung aus Jesus und Dag Hammarskjöld – heute sind wir wütend, weil er ein ganz normaler, gemäßiger Politiker ist.

Warum, häufen sich die Rufe, hat er Guantánamo nicht geschlossen ? Warum hat er es nicht geschafft, die Arbeitslosenzahlen und die Schulden zu senken? Warum enthält sein neuer »Job-Plan« , neben einer Reichensteuer, Einschnitte in Gesundheits- und Pensionsprogramme in Höhe von 580 Milliarden Dollar – und das während einer Rezession? Warum zieht er die Truppen nicht endlich aus dem Irak und Afghanistan ab und baut dort funktionierende Staaten auf? Und wieso kann er eigentlich nicht übers Wasser gehen?

MARCIA PALLY

lehrt in New York Kulturwissenschaften. Zuletzt erschien von ihr *Die Neuen Evangelikalen in den USA: Freiheitsgewinne durch fromme Politik*.

Könnte es sein, dass wir da einem verdrehten Rassismus aufgesessen sind? Haben wir wirklich gedacht, Obama könnte all das, nur weil er schwarz ist? Gleichzeitig interessiert sich niemand für seine Erfolge: An seiner Bankenrettung verdient der amerikanische

Steuerzahler; er hat einen neuen Atomwaffenabrüstungsvertrag mit Russland ausgehandelt und Osama bin Laden gefangen; er hat den Libyern geholfen, Gadhafi loszuwerden. All das ist ihm gelungen, obwohl er ein noch nie da gewesenes Haushaltsdefizit erbt. Vergessen ist, dass Ex-Präsident Bush den Reichen zwei Billionen Dollar an Steuern erließ, eine weitere Billion in zwei Kriegen verprasste und den Markt so sehr deregulierte, dass die Rowdys von der Wall Street die Wirtschaft in die Knie zwingen konnten.

»Egal«, sagen wir und fragen: Warum ist Obama nicht härter? Aber »hart sein« gehört nicht zu den Eigenschaften, die ein schwarzer Mann braucht, um Karriere zu machen. Schon in der Schule war diesem Mann klar, dass »die Leute zufrieden sind, solange du zuvorkommend bist, sie anlächelst und keine unerwarteten Schritte unternimmst. Was für eine schöne Überraschung, einen so wohlgezogenen jungen Schwarzen anzutreffen, der nicht ständig wütend ist«, sagte er einmal. Nach wie vor ist in Amerika der Rassismus der »Kontext«, in dem sich ein schwarzer Mann bewegt.

Obamas Widerspruch liegt darin, dass seine Höflichkeit und sein Hang zum Konsens die Amerikaner so sehr beruhigte, dass sie ihn wählten; gleichzeitig sind aber ebendiese Eigenschaften für einen Präsidenten überhaupt nicht geeignet. In Washington geht es um Macht – nicht um Höflichkeit. Es geht darum, über Leichen zu gehen, wenn es notwendig ist. Im Gegensatz zu Obama gehen die Republikaner geschickter mit Macht um. Sie haben es aber auch leichter, weil sie den Amerikanern nur immer wieder sagen müssen, woran diese ohnehin glauben. Das Herzstück republikanischer Politik – der Glaube an einen kleinen Staat – spiegelt den harten Kern amerikanischen Denkens wider. Schließlich entstand das Land irgendwo zwischen der Do-it-yourself-Mentalität der frühen Einwanderer und der Revolte gegen die britische Regierung. Bis heute sind sich viele Amerikaner nicht sicher, ob sie überhaupt regiert werden wollen. Deswegen gibt es immer noch den Reflex, Probleme dadurch lösen zu wollen, dass man den Staat durch Steuersenkungen herunterhungert.

Dass nur die Regierung einen Schutz gegen die Reichen bieten kann, glauben die wenigsten Amerikaner. Das letzte Mal haben sie das vielleicht während der Großen Depression gedacht, im Zweiten Weltkrieg und vielleicht noch zu Beginn des Kalten Krieges. Heute hört man es wieder in Warren Buffets öffentlicher Aufforderung, ihn stärker zu besteuern. Er will, dass die Reichen wenigstens so viel zahlen müssen wie ihre Sekretärinnen. Aber Buffet ist ein Außenseiter. Der Glaube an einen kleinen Staat ist tief in der amerikanischen Psyche verwurzelt. Die Republikaner brauchen nicht viel politische Macht, um die Leute dies glauben zu machen.

Die heutigen Republikaner wurden in der Tradition eines Karl Rove, Paul Weyrich oder Ralph Reed geschult. Leute, die von den Verwerfungen der sechziger Jahre schockiert waren – von Amerikas »Zimperlichkeit« in Vietnam, von der Bürgerrechtsbewegung und den Sozialhilfeprogrammen. Ihrem Empfinden nach fehlte diesen Unternehmungen

jegliches moralisches Rückgrat: Man gab den Armen Almosen, statt ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu fördern. Sie schworen sich, nie wieder so zimperlich zu sein.

Der letzte Demokrat, der diese republikanische Art zu denken verstand, war Präsident Lyndon B. Johnson. Und der hatte 24 Jahre lang in Texas eine harte Schule genossen: »Du betrittst keinen Raum, bevor du nicht jeden Einzelnen an den Eiern hast.« Auch die Clintons haben diese Härte teilweise in ihrer politischen Führung aufgebracht. Aber den meisten Demokraten fehlt die Disziplin, die es braucht, um die eigenen Leute – einen bunten Haufen Progressiver, Sozialkonservativer (Arbeiter und Schwarze) – dazu zu bringen, am selben Strang zu ziehen. Sie lehnen die Raubtiermethoden der Republikaner ab – genau wie früher, als sie alle noch politisch korrekte Studenten waren. Wir können von Obama nicht erwarten, dass er hart durchgreift und über Leichen geht, wenn seine Partei das seit Jahrzehnten nicht gelernt hat. Er kann kein Öko und menschenrechtsfreundlicher Teddybär sein und sich andererseits wie ein Haifisch verhalten.

Die Obama-Kritiker in aller Welt haben sich mit übersteigerten Erwartungen einen Politiker geschaffen, der weit links vom amerikanischen Mainstream zu stehen scheint. Das tut Obama nicht – genauso wenig wie Bush weit rechts vom Mainstream stand.

Bushs marktliberales Programm war getrieben vom Glauben an einen schlanken Staat – damit folgte er nur dem traditionellen Denken Amerikas. Ebenso verhielt es sich mit seiner Außenpolitik. Amerikanische Außenpolitik wurde schon immer von wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen getrieben und lebte gleichzeitig von dem Glauben, dass Amerika andere Regionen politisch und wirtschaftlich »befreien« könne – ein freiheitlich-demokratisches politisches System wurde dabei immer mit freier Marktwirtschaft gleichgesetzt. Amerika wählte Bush nicht ab, weil er die falschen Ziele hatte – es wählte ihn ab, weil er seine Ziele nicht erreichte. Im Jahr 2005 wirkten wir im Irak und in Afghanistan nicht wie die Erlöser, die wir sein wollten – deshalb wollten wir raus.

In Deutschland dachten die heutigen Obama-Kritiker wohl, dass er Amerika so verändern würde, wie Willy Brandt Deutschland veränderte. Aber Obama kann Amerika nur innerhalb seiner politischen Möglichkeiten verändern. Das hat er getan – dafür steht die zögerliche Gesundheitsreform. Er tut es heute wieder, mit seinem neuen »Job-Plan«. Die darin enthaltenen Leistungskürzungen wären zu Zeiten der Großen Depression und auch während der Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre als exzessiv empfunden worden. Heute sieht man sie als »nicht ausreichend«.

Der republikanische Fraktionsvorsitzende John A. Boehner erteilte Steuererhöhungen vergangene Woche eine Absage, andere sprachen vom »Klassenkampf«. In Europa mag »Klassenkampf« ein Schlachtruf sein, in Amerika eröffnet es ein vermintes Gelände. Etwas, das gottlose Kommunisten betreiben, nicht Amerikaner. In einer Umfrage der New York Times von vergangener Woche sagten 50 Prozent der Amerikaner, dass sie keine weitere Reichensteuer wollen. Vielleicht kann Obama bei den anderen 50 Prozent ein

wenig Anti-Mainstream-Denken wiederbeleben. Doch das müssten Obamas Demokraten selbst erst einmal wollen.

Aus dem Englischen von Julia Ley

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/39/P-Obamamania>